

„Wir müssen das Östliche wiederentdecken“

Christen der Ost- und Westkirchen treten in einen neuen Dialog. Bischof Josef Homeyer, einer seiner Protagonisten, stellte sich unseren Fragen:

Die Politische Meinung: Herr Bischof, Sie haben in den letzten Tagen an einem Seminar „Brücken zur Verständigung“ teilgenommen, das im bulgarischen Kloster Klissura stattfand und dann am Schluss in der Stadt Chiprovtsi, in der lange Zeit auch deutsche Katholiken lebten. Wie war Ihr Eindruck von dem Treffen?

Josef Homeyer: Es war ein überraschendes Treffen, weil wir nicht nur einem orthodoxen Metropoliten, sondern auch vielen Damen und Herren aus der orthodoxen Kirche begegnet sind, die uns in erfrischender Offenheit empfangen haben und vertrauensvoll auf uns zugegangen sind. Bald schon setzte sich die Überzeugung durch: Es darf aber nicht nur beim Bekunden von Vertrauen bleiben. Wir müssen auch zu gemeinsamem Handeln in dieser sich tief greifend wandelnden Gesellschaft in Bulgarien kommen. Es ist einerseits erschreckend, welche abgrundtiefe Geschichte dort aufzuarbeiten ist, dann, wie viele infrastrukturelle Defizite noch vorhanden sind. Andererseits – für mich überraschend – herrscht eine allgemeine Aufbruchstimmung, die ich von den ganzen äußersten Umständen her nicht erwartet hätte. Für mich war das Wichtigste die Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln.

Die Politische Meinung: Über die gesamten eineinhalb Tage anwesend war der orthodoxe Metropolit von Vidin, mit dem Sie offenbar auch neben dem Seminarprogramm intensive Gespräche geführt haben.

Josef Homeyer: Sehr erfreut war ich über die sehr offenen Gespräche mit dem orthodoxen Metropoliten Dometian. Ihn bewegt sehr die gemeinsame Geschichte der orthodoxen Kirche und der Katholiken in Bulgarien. Immer wieder haben in den großen Einbrüchen und Umbrüchen Gläubige dieser beiden Konfessionen zusammengehalten. Das ist eine ausgezeichnete Basis, jetzt aufeinander zuzugehen, damit Christen aller Konfessionen gemeinsam zum Aufbau der neuen Gesellschaft beitragen. Aus seiner profunden Kenntnis der Geschichte heraus ist er bereit, die Konsequenzen für heute und morgen zu ziehen.

Die Politische Meinung: In Ihrem Eröffnungsstatement haben Sie auf die inzwischen fast tausendjährige Geschichte der Trennung von Ost- und Westkirche hingewiesen und von einer „Schuldgeschichte“ der westlichen Kirche gesprochen. Können Sie uns dies noch einmal erklären?

Josef Homeyer: Das ist ebenso wichtig wie schwierig und wie verworren. Für uns im Westen steht häufig am Anfang der gegenwärtige Bannfluch von 1054 in der Hagia Sofia in Konstantinopel. Dieser Bannfluch erstreckte sich allerdings nicht auf die orthodoxe Kirche, auf die

katholische Kirche, sondern auf ganz bestimmte Personen. Aber dieser Bannfluch, den wir für den Ursprung der Spaltung mit der orthodoxen Kirche sehen, hat in der Zeitgeschichte überhaupt keine Reaktion gefunden und ist kaum beachtet worden. Viel entscheidender waren die menschlichen Unstimmigkeiten, die allerdings gewaltig waren. Was wir zum Beispiel im Westen als große Tat feiern, dass im Jahr 800 die römische Kaiserkrone von Karl dem Großen übernommen wurde und er damit die Idee des römischen Kaisers ins Mittelalter transportiert hat, war damals schon der Bruch. Es gab den Kaiser, den Basileus, schon in Konstantinopel. Und man war völlig verwundert, dass der Westen sich so vom Osten lossagte. Da begann eigentlich schon die Trennung zwischen Ost und West.

Ein zweites Beispiel: In der Schlacht bei Tour und Poitiers (732) hatte Karl Martell die Muslime von Europa ferngehalten, so haben wir es in der Schule gelernt. Heute scheinen sich die Experten einig zu sein: Die eigentliche Abwehr der arabisch-muslimischen Invasion ist wiederholt durch Byzanz erfolgt, was bei uns völlig vergessen wird. Ich nenne schließlich als Beispiel für ein trauriges menschliches Versagen den vierten Kreuzzug im Jahr 1204, der dem damaligen Papst vollständig entglitten ist. Venezianische Kaufleute haben sich dessen bemächtigt, sind gar nicht erst nach Jerusalem gezogen, sondern nach Konstantinopel, haben die Stadt, das Herz der Orthodoxie, in furchtbarer Weise verwüstet, zerstört und dabei zahllose Menschen getötet. Das hat das Byzantinische Reich von innen her erschüttert und ihm die innere Widerstandskraft genommen, sodass es dann 1453 tatsächlich zum Fall von Konstantinopel kam und das osmanische Vordringen, auch aufgrund des Nichtstuns der westlichen Mächte, nicht mehr aufzuhalten war. Man fühlte sich alleingelassen.

Die Folgen waren – auch für Bulgarien – fast fünfhundert Jahre osmanische Herrschaft, Isolation von der westlichen Entwicklung: Reformation, Gegenreformation, Renaissance, Aufklärung, Modernisierung. All dies hat hier gar nicht stattgefunden. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im neunzehnten Jahrhundert konnten die westlichen Mächte sich nicht einigen, das osmanische Erbe aufzuteilen. Dann kamen im zwanzigsten Jahrhundert der Nationalsozialismus und vor allem der Kommunismus, der die Infrastruktur und vieles anderes zerstört hat.

Und jetzt plötzlich erwartet der Westen, auch die Europäische Union: „Wenn ihr so gut seid wie wir, nehmen wir euch auf. Da müsst ihr euch aber mächtig anstrengen.“ Etwas mehr Sensibilität, etwas mehr Offenheit wäre angezeigt. Hier habe ich allerdings den Eindruck, dass diese Offenheit bei uns wächst. Man spürt dies. Es kann nicht angehen, dass wir Westeuropäer große Worte über Europa finden, meinen aber nur das westliche Europa. Wir müssen das östliche Europa wieder entdecken. Ich habe den Eindruck, dass Historiker und Politiker damit beginnen, das neunzehnte Jahrhundert und damit auch die Zukunft Europas neu zu verstehen und zu erkennen, dass in Osteuropa enorme Ressourcen vorhanden und durch die Jahrhunderte bewahrt worden sind. Die westliche und die östliche Lunge gehören zusammen, wie es Johannes Paul II. formuliert hat.

Die Politische Meinung: Jetzt kommt es wohl darauf an, dass Christen in Ost und West wenigstens politisch gemeinsam handeln, damit die christlichen Wurzeln Europas erkennbar bleiben und es nicht zu einer – wie Sie im Verlauf des Seminars sagten – „Marginalisierung des Evangeliums“ kommt.

Josef Homeyer: In der Tat, so ist es, und das war auch in diesen Tagen des Semi-

nars gemeinsame Überzeugung: Es gibt in ganz Europa, in West wie Ost, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, die Gefahr, das Evangelium, Religion überhaupt zu privatisieren und gesellschaftlich zu marginalisieren. Dies steht im Widerspruch zum Evangelium. Kirche ist nicht für sich selbst da, sondern für die Welt, um der Welt Hoffnung zu geben. Und diese gemeinsame Verantwortung, das künftige Europa mitzugestalten, gemeinsam an einer neuen Gesellschaft mitzubauen, war auch eine gemeinsame Überzeugung in diesen Tagen.

Die Politische Meinung: Sie und Herr Dr. Martin Dabrowski vom Franz-Hitze-Haus in Münster haben gemeinsam das Modell von „Sozialen Seminaren“ vorgestellt, das bei den Teilnehmern, vor allem von orthodoxer Seite, auf großes Interesse gestoßen ist. Können Sie uns kurz die Grundzüge dieser Idee erläutern, und fühlen Sie sich nach dieser denkwürdigen Begegnung mit hohen Vertretern der Bulgarisch-Orthodoxen Kirche ermutigt, möglichst sofort mit der Realisierung zu beginnen?

Josef Homeyer: Ja, auf jeden Fall. Die Idee des Sozialen Seminars ist vielleicht bei uns weithin vergessen. Nach dem völligen Neuanfang 1945 haben die Sozialen Seminare maßgeblich dazu beigetragen, dass eine breite Elite entstand, die imstande war, grundlegende Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Freiheit, Menschenwürde, Solidarität, Subsidiarität zu übersetzen in die praktische Gestaltung des Gemeinwesens. Die Bedeutung und Wirkung dieser Sozialen Seminare können wir heute kaum noch ermessen. Was für uns inzwischen selbstverständlich ist, ist das mühsam erarbeitete Ergebnis dieser Sozialen Seminare. Aufgrund veränderter Bedingungen ist das Modell des Sozialen Seminars vor einigen Jahren inhaltlich und methodisch gründlich überarbeitet worden. In Bulgarien soll das Soziale Seminar zunächst auf

ökumenischer und später auf interreligiöser Basis durchgeführt werden, wie übrigens auch in einigen anderen südosteuropäischen Ländern.

Sehr erfreut bin ich über das Votum des jetzt durchgeföhrten Seminars, ein orthodox-katholisches Seminar in Bulgarien durchzuführen. Im anschließenden Gespräch mit den Professoren der Theologisch-Orthodoxen Fakultät in Sofia ist dieser Beschluss einhellig begrüßt und die Mitarbeit der Fakultät zugesichert worden.

Nach allem besteht Grund zu der Hoffnung, dass das Experiment gelingt und von diesem Impulse ausgehen könnten, die vielleicht – wie es jemand formuliert hat – zu einer kleinen Revolution in der bulgarischen Gesellschaft führen könnte.

Die Politische Meinung: Einer der Promotoren des Projekts ist die Konrad-Adenauer-Stiftung. Der Leiter es Landesbüros Bulgarien, Andreas von Below hat entscheidend zum Zustandekommen der jetzigen Begegnung beigetragen und dem Projekt „Soziale Seminare“ weitere Unterstützung zugesagt. Ist die Hilfe willkommen?

Josef Homeyer: Die Tage haben dies deutlich gezeigt, und gerade auch die Begegnung mit der Theologisch-Orthodoxen Fakultät hat es bestätigt. Es geht nicht ohne eine gewisse Hilfe, eine administrative Hilfe, eine Ermutigung, eine Vermittlung von Know-how von Experten. Hier hat sich das Landesbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bulgarien offensichtlich einen hervorragenden Namen erworben, indem deren Mitarbeiter anstoßen, vermitteln, initiieren, in Gang bringen und sich dann zurückziehen. Sie wollen nicht dominieren, sie wollen keinen Einfluss nehmen, sondern sie wollen die Menschen hier ermutigen, selbst die Verantwortung in die Hand zu nehmen. Aber die Hilfe, die Gehhilfe, diese Starthilfe ist nun einmal notwendig, und da leistet die Kon-

rad-Adenauer-Stiftung mit ihrem derzeitigen Leiter Andreas von Below in diesem Land ganz Hervorragendes.

Die Politische Meinung: Seit gut zwei Jahren ist Bulgarien in der EU. Sie haben bei Ihrem Aufenthalt manches Niederschmetternde über die gegenwärtige politische und gesellschaftliche Situation des Landes gehört. Haben Sie, Herr Bischof, während Ihres diesmaligen Aufenthaltes im Dunkel und im Nebel dieses Landes Lichter entdecken können, vielleicht sogar Lichter der Hoffnung?

Josef Homeyer: Ich bin dankbar, sagen zu können: Ja. Die intensiven Gespräche in dem Seminar wie auch zahlreiche Begegnungen mit Menschen aus der Wissenschaft wie auch aus dem Alltagsleben und aus den verschiedenen Generationen haben mich immer wieder überrascht: Man sieht sehr nüchtern die aufgetürmten Probleme, die Nachwirkungen der unAufgearbeiteten Vergangenheit – aber im-

mer wieder wurde Hoffnung bekundet: Wir haben endlich eine Chance, nicht zuletzt aufgrund der EU-Mitgliedschaft, unsere Gesellschaft und unsere Zukunft mitzugesten, und wir sind trotz dorniger und turmhoher Probleme entschlossen, das Unsige zu tun.

Überrascht hat mich auch diese Erfahrung: Die Bulgarisch-Orthodoxe Kirche hatte bekanntlich in den vergangenen Jahren mit erheblichen internen Schwierigkeiten fertig zu werden, was ihr offensichtlich auch weithin gelungen zu sein scheint. Manche sprechen von einer sich abzeichnenden geistlichen Erneuerung und hoffnungsvollen pastoralen und diaconischen Neuansätzen und Initiativen. Jedenfalls hat mich die tiefe Gläubigkeit, die ich in vielen Begegnungen erfahren durfte, sehr beeindruckt. Dies ist eine Quelle der Hoffnung.

Das Gespräch führte Elmar Bordfeld am 23. Mai 2009 in Sofia/Bulgarien für die Politische Meinung.

Lebensmüde Demokratie

„Langeweile breitet sich vor allem dort aus, wo der bundesdeutsche Wahlkampf medientauglich geführt wird, auf Knalleffekte und Punktseige in Schaukämpfen setzt. Gefördert wird sie gerade durch die Verengung des Blickwinkels auf die letzten Wochen vor der Entscheidung und auf seismografisch festgehaltene Stimmungsschwankungen in der Bevölkerung. Dabei geht es bei Wahlen nicht um die ‚Performance‘ der Politik in der Endphase einer Legislaturperiode, sondern um eine Leistungsbewertung der davorliegenden Jahre und um einen Kredit für die folgenden. Sich dieser Bewertung zu enthalten ist nicht nur ein Zeichen für demokratische Lebensmüdigkeit, sondern auch ein Hohn auf Gesellschaften, die sich nichts sehnlicher wünschen als faire Wahlen.“

Stefan Dietrich am 17. August 2009 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung